



Nr. 11 / 28.04.2026

Bürgerbeauftragte und Kommunale Landesverbände fordern: Weniger Bürokratie, schnellere Verfahren, bessere Digitalisierung in der Sozialverwaltung

Die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni, und die drei Kommunalen Landesverbände Schleswig-Holsteins – der Gemeindetag, der Städteverband und der Landkreistag – haben heute, Dienstag, den 28.04.2026, der Staatskanzlei sowie dem Sozialministerium das Gemeinsame Papier „Für eine moderne, digitale und bürgerfreundliche Verwaltung – Vorschläge zur Entbürokratisierung der Sozialämter“ übermittelt.

Die gemeinsame Arbeit an den Vorschlägen war im Jahr 2023 von der Bürgerbeauftragten angestoßen worden. „Die nun unterbreiteten konkreten Vorschläge sollen dazu dienen, eine „Win-Win“-Situation für die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltungen zu schaffen: Beide Seiten können mit deutlich weniger Aufwand gleichermaßen sicherstellen, dass Verfahren beschleunigt und die Behörden entlastet werden und die Menschen zügiger Leistungen erhalten“, erläutert El Samadoni die Motivation für die Initiative. Der Schwerpunkt lag dabei gleichermaßen auf den von den Kommunalen Landesverbänden eingebrachten Ideen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozialämtern und auf den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein mit den bürokratischen Anforderungen bei der Antragstellung. „Ich freue mich, dass wir uns in diesem gemeinsamen Papier auf ganz wesentliche Vorschläge zur Entlastung der Sozialämter und der Bürgerinnen und Bürger einigen konnten“, resümiert El Samadoni. Die an der Erarbeitung beteiligten Akteure bauen darauf, dass die Landesregierung die Bemerkungen aufgreift, unterstützt und wo möglich rasch umsetzt, letztlich um die Funktionsfähigkeit der Sozialverwaltung zu bewahren und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat zu stärken. „Auch eine bessere, bürgerfreundliche Digitalisierung ohne viele Schnittstellen oder Medienbrüche befördert dieses Ziel“, betont El Samadoni.

Der Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag begrüßt das gemeinsame Entbürokratisierungspapier ausdrücklich. „Es setzt an den richtigen Stellen an, um die Sozialverwaltungen spürbar zu entlas-

ten und gleichzeitig Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger zu beschleunigen“, so Jörg Bülow, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages.

„Der Schleswig-Holsteinische Landkreistag sieht in den Vorschlägen einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, digitalen und bürgerfreundlichen Sozialverwaltung. Besonders wichtig ist dabei, Bürokratie abzubauen und die Verfahren verständlicher zu gestalten“, konkretisiert Carsten Schreiber, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages.

Der Städteverband Schleswig-Holstein verbindet mit dem Papier die Erwartung, dass Landesregierung und Gesetzgeber die Vorschläge nun konstruktiv aufgreifen und gemeinsam mit den kommunalen Praktikern weiterentwickeln. „Es geht darum, die Funktionsfähigkeit der Sozialverwaltung langfristig zu sichern und das Vertrauen in einen leistungsfähigen Staat zu stärken“, bekräftigt abschließend Marc Ziertmann, Geschäftsführer des Städteverbandes Schleswig-Holstein.

Neben weiteren Vorschlägen zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Sachbearbeitung und Leistungsgewährung sowie Ideen zum Vorantreiben und Verbessern digitaler Prozesse wird in dem Papier ebenfalls thematisiert, wie verschiedene strukturelle Veränderungen zu mehr Entlastung der Sozialbehörden führen können. So sollten künftig nicht parallel mehrere Sozialleistungen beantragt werden, die anschließend ohnehin auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

Das überreichte Forderungspapier ist neben den laufenden Ausarbeitungen der Sozialstaatskommission des Bundes eine weitere Unterstützung, um dem bedeutenden Thema der Entbürokratisierung weitere Schubkraft zu geben.

Die Bürgerbeauftragte und die Kommunalen Landesverbände freuen sich über künftige Gespräche mit den zuständigen Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene.